

P O L I T I K Nr. 111

Hannover, 29. Dezember 1947

Machtmittel für die Zentrale

Von Dr. Walter Menzel

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

In den ersten Januartagen des Jahres 1948 wird in Frankfurt a.M. die entscheidende Zusammenkunft zwischen den Vertretern der anglo-amerikanischen Militärregierungen, den Mitgliedern des bizonalen Wirtschaftsrates und den Länderchefs der britischen und amerikanischen Zone nach dem Scheitern der Londoner Konferenz stattfinden. Somit stellt uns das neue Jahr auch auf dem verfassungspolitischen Gebiete vor wichtige Entscheidungen. Der Beginn des Jahres 1947 brachte uns den ersten Versuch einer wirtschaftlichen Zusammenfassung zweier Zonen, um der immer mehr um sich greifenden Wirtschafts- und Ernährungskrise Einhalt zu gebieten; aber am Ende dieses gleichen Jahres mußten wir feststellen, daß sich die Hoffnungen auf ein Gelingen dieses Versuches nicht erfüllt haben. Der Egoismus einiger Länder war stärker als die Einsicht der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit und verhinderte, daß die auseinanderstrebenden Länderinteressen sich einer größeren Einheit unterordnen. Die Ohnmacht des 1947 geschaffenen bizonalen Wirtschaftsrates, dessen Aufgabe es in erster Linie war, für die beiden Westzonen eine gleichmäßige und damit gerechte Verteilung der spärlichen Güter und Nahrungsmittel, die uns geblieben waren, zu erreichen, scheiterte an der Kirchturmpolitik deutscher Staaten. Damit erwiesen sie zugleich der von uns immer wieder geforderten deutschen Wirtschaftseinheit einen schlechten Dienst.

Der Mißerfolg der Londoner Konferenz treibt nunmehr einer schnellen Lösung zu. Daß wir Sozialdemokraten einen Weststaat ablehnen und jede Maßnahme vermeiden werden; die auch nur als der Versuch einer Trennung von den Deutschen östlich der Elbe angesehen werden könnte, ist so häufig in aller Öffentlichkeit betont worden, daß in dieser Hinsicht eine nochmalige Bestätigung nicht erforderlich ist. Das aber kann uns nicht hindern - gerade auch zu Gunsten der Deutschen in der Ostzone - alle Möglichkeiten zu erschöpfen, um eine schnelle wirtschaftliche Wiederbelebung des Westens zu versuchen, auch aus dem Grunde, um damit magnetische Kräfte nach dem Osten ausstrahlen zu lassen. Um diese Kräfte zu schaffen, brauchen wir ein wirtschaftliches und ernährungspolitisches Kräftezentrum der Bizone in der Hoffnung, daß auch die übrigen Zonen sich bald zur Mitarbeit an diesen Zentren einfinden werden. Dies aber setzt voraus, daß wir den Einrichtungen in Frankfurt auch die nötigen Machtmittel geben, damit ihre auf das Interesse der Gesamtheit eingestellte Arbeit auch verwirklicht werden kann. Es darf sich nicht jener unwürdige Zustand wiederholen, daß die Länder sich weigern, die Anordnungen der Zentralämter durchzuführen.

29.12.1947

Die Weimarer Verfassung kannte in jenen Fällen die Einrichtung des Staatskommissars. Er ist ein zweischneidiges Mittel und auch Strafgesetze dürften ihre Wirkungen leicht verfehlen. Es gibt jedoch eine einfache Methode, die deutschen Länder zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Die Länder sind nach dem allgemeinen Finanzausgleich auf die Zahlungen von Schlüssel- und Bedarfszuweisungen angewiesen, und es sollten keine Bedenken bestehen, die Länder über die volle oder teilweise Einbehaltung jener Finanzzuschüsse zu lenken und zur Erfüllung ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit zu zwingen. Dieses System ist in Europa nicht neu. Die englische Kommunalaufsicht bedient sich dieser Methoden seit jeher und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Ich sehe keine Bedenken, dieses Mittel der Aufsicht auf das Verhältnis der bifozalen Ämter zu den Ländern zu übertragen.

Diese Befugnisse brauchen wir auch, um das Verfassungsleben in den Ländern selbst zu einer vernünftigen Weiterentwicklung zu bringen. Wer ein Eigenleben der Länder auf wichtigen Gebieten unseres Daseins fordert, muß auf eine Klarstellung der Machtbefugnisse jener Stellen drängen, die den Ländern übergeordnet sein werden. Wirtschafts-, Ernährungs- und Finanzpolitik werden sich nie im Rahmen der Länder erschöpfen dürfen. Sieht man die Notwendigkeit ihrer großräumigen Gestaltung ein, dann muß man den hierfür zu schaffenden Lenkungsstellen auch die erforderlichen Machtmittel geben. Damit wird zugleich der wichtigste Ansatzpunkt vorhanden, die im Laufe der Jahrhunderte in der deutschen Geschichte immer wieder auftretenden auseinanderstrebenden Kräfte der Länder zu einer deutschen Einheit zusammenzuführen, zu einer Einheit, ohne die auch eine friedliche europäische Politik nicht möglich sein würde.

Die Bedingungen des Marshall-Planes

H.B. Die kurz vor Weihnachten veröffentlichten Bedingungen des Marshall-Planes haben nirgendwo überrascht. Sie tragen der politischen Konstellation der Gegenwart Rechnung, sagen etwas über die riesigen Produktionsmöglichkeiten der Gebenden aus und weisen auf die Hoffnung Amerikas hin, selbst in Europa Rohstoffbasen zu entwickeln. Das gesamte Programm wird von einem einzigen Administrator geleitet. Ein Botschafter mit Vollmachten bei 16 Nationen wird ernannt, seine Richtlinien erhält er direkt vom Außenministerium und über den von der Hilfe gemachten Gebrauch ist laufend nach Washington zu berichten.

Zweifelsohne wird der Botschafter die Aufgabe haben, die Politik des nicht-sowjetischen Europas zu koordinieren, und die Nutznießer des Planes jeweils mit den amerikanischen Absichten vertraut zu machen. Es war schließlich der eigene Wille der 16 Nationen, sich der westlichen Hauptmacht anzuschließen. Wenn die USA nunmehr auch die innere Entwicklung dieser Länder besonders interessiert beobachten lassen wollen, so ist das zu begreifen, umso mehr als Frankreich und Italien in letzter Zeit geradezu demonstrative Beispiele für die Unsicherheit des von den USA übernommenen Risikos boten. Es wäre eine widersinnige Zumutung, dort helfen zu sollen, wo man bekämpft wird. Ausland aber kann in solchen Ausmaßen vorläufig nicht geben, es muß durch Propaganda, Streiks und Unnachgiebigkeit das ersetzen, was ihm an wirtschaftlicher Kraft fehlt.

Die Vereinigten Staaten besitzen gewaltige Produktionsmöglichkeiten, für die Ventile geschaffen werden müssen. Der Marshall-Plan verlangt deshalb die Beseitigung der bestehenden Handelschranken und die Stabilisierung der Währungen. Die in den Bedingungen enthaltene Aufforderung an die europäischen Staaten, miteinander Wirtschaftsverträge abzuschließen, könnte außerdem das europäische Solidaritätsgefühl erhöhen. Amerika will und muß exportieren. Europa aber besitzt, verglichen mit anderen Erdteilen, am ehesten den Standard und, wo er zur Zeit nicht vorhanden ist, die individuelle Bedürfnisstärke, um für amerikanische Fertigfabrikate empfänglich zu sein.

Wenn von Washington zugleich in die Bedingungen die Anweisung hineingearbeitet wurde, gewisse europäische Produktionsziele zu revidieren und dafür die Produktion spezieller Rohstoffe zu fördern, deren Erwerb vor allem Amerika eine Vorratsbildung ermöglichen soll, so deutet das auch die Zwickmühle an, in der sich die amerikanische Staatsführung bei ihren Zukunfts-Überlegungen befindet: Sie will und sie muß helfen. Aber sie ist selbstverständlich abgeneigt, die industrielle Produktion Europas so zu entwickeln, daß sie zu einer unangenehmen Konkurrenz wird. Deshalb legt man das größte Gewicht auf Kohlenförderung und Lebensmittelproduktion. Europa andererseits auf Hilfe angewiesen, wird sich mit solchen Wünschen abzufinden haben. Politische Bedingungen im eigentlichen Sinne des Wortes werden nicht gestellt - im krassen Gegensatz zur östlichen Machtsphäre, wo sie im Vordergrund stehen, aber ohne jedes spürbare wirtschaftliche Äquivalent.

Schließlich ist festzustellen, daß die Bedingungen nichts gegen etwaige Sozialisierungsabsichten enthalten, was schwierig genug wäre, da viele der beteiligten Länder sozialistische Mehrheiten haben und daß keine militärischen Verpflichtungen auferlegt werden. So sind die Voraussetzungen, unter denen die USA zu helfen bereit sind, in Anbetracht der Umstände, unter denen das geschehen soll, maßvoll und vernünftig.

Späte Einsicht

Wir sind darüber belehrt worden, daß die Demontage eine für uns vielleicht bittere, aber eben unerlässliche Notwendigkeit sei. Der deutsche Einwand, daß Aufbau durch Abbau widersinnig sei, wurde zurückgewiesen. Von maßgebenden englischen und amerikanischen Stellen sind detaillierte Erklärungen zur Rechtfertigung der Demontage abgegeben worden. In diesem Zusammenhang sollte eine UP-Meldung aus Washington beobachtet werden.

Danach nahm das amerikanische Repräsentantenhaus am 18. Dezember eine EntschlieÙung an, die den Außenminister und den Verteidigungsminister um umgehende Aufklärung darüber bittet, warum die Regierung nicht die Einstellung der Demontage deutscher Industrieanlagen angeordnet und dem KongreÙ die Entscheidung darüber überlassen habe, ob diese Anlagen für den wirtschaftlichen Aufbau Europas erforderlich seien. Die EntschlieÙung ersucht um Angabe, wie viele der insgesamt 682 Werke in der Doppelzone bereits aus Deutschland abtransportiert worden seien. Schließlich wird gefragt, warum die USA im Rahmen des Marshall-Plans Waren an Deutschland und andere Länder liefern sollten, die von deutschen Fabriken hergestellt werden könnten, wenn sie nicht demontiert würden.

Hier hat sich also die oberste amerikanische Instanz das deutsche Kernargument zur Demontagefrage zu eigen gemacht. Weshalb geschah das nicht früher und weshalb glaubte man erst eine Maßnahme treffen zu müssen, die nach der gleichen Meldung der Vorsitzende des amerikanischen Bewilligungsausschusses, Senator Bridges, "dumm bis dort hinaus" genannt hat? Eine Erklärung mit einem gewissen Gewicht könnte in dem Hinweis liegen, daß damals außenpolitische Rücksichten im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz mitgesprochen haben. Auch die Fik, mit der man seinerzeit die Demontageliste bekanntgab, bekräftigt eine solche Erklärung ebenso wie die Tatsache, daß inzwischen bereits wenigstens einige Abstriche am ursprünglichen Demontageplan zugestanden wurde⁴

(m/1/2912/hs)

Die "Kleine Vollversammlung"

8. Nach dem Zusammenbruch der Außenminister-Konferenz in London haben die Großmächte erneut Gelegenheit, auf internationalem Boden Kontakt aufzunehmen, wenn auch nicht gerade in deutschen Angelegenheiten. Am 5. Januar tritt die sogenannte "Kleine Vollversammlung" der UNO zusammen, ein Gremium, in dem alle Staaten der UNO durch je einen Delegierten vertreten sind. Die "Kleine Vollversammlung" erblickte am 14. November 1947 nach heftigen Geburtswehen das Licht der Welt. Geistiger Vater dieser Miniaturausgabe der UNO sind die Vereinigten Staaten, tragender Gedanke des Zeugungsaktes die Absicht, das Vetorecht zu überbrücken.

Das vielumstrittene Vetorecht besteht bekanntlich darin, daß Beschlüsse des Sicherheitsrates, des wichtigsten Ausschusses der UNO, der Zustimmung aller fünf Großmächte bedürfen. Von dem Vetorecht hat besonders die Sowjetunion ausgiebig Gebrauch gemacht und dadurch die Arbeit des Sicherheitsrates praktisch gelähmt. Das Vetorecht wäre nur durch eine Statutenänderung abzuschaffen, ein Schritt, vor dem die USA in Anbetracht des geringen Alters der UNO scheuten. Die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten protestierten lebhaft gegen die "Kaltstellung des Sicherheitsrates", wie sie die beabsichtigte Gründung der Kleinen Vollversammlung nannten. Als sie bei der Abstimmung in eine hoffnungslose Minderheit gerieten - 41 pro, 6 contra, 6 Enthaltungen - versprachen sie, dieses neue Gremium zu boykottieren.

Auch die USA mußten vor der Annahme ihres Antrages Konzessionen machen, sie mußten versprechen, daß der neue Ausschuss sich mit keinem Streitfall auseinandersetzen werde, der auf der Tagesordnung des Sicherheitsausschusses steht. Ob dieses Zugeständnis, trotz allen Boykottandrohungen, die Russen an diesen neuen, verkleinerten, das Vetorechts entblößten UNO-Tisch bringen wird, ist noch abzuwarten.

Achtung!

Achtung!

Mitteilung für die POLITISCHE REDAKTION

In der gestrigen Ausgabe des allgemeinen Dienstes (Nr. 111) ist ein bedauerliches Versehen unterlaufen. In der polemischen Notiz

"Von Anfang an grotesk"

muß die leitende Zitat des "Union-Pressedienstes" heißen:

Die gewaltsame Gleichschaltung der östlichen ODU
wäre gleichbedeutend mit dem endgültigen Zusammenbruch
des von Anfang an fragwürdigen, ja grotesken Unterfangens,
unter totalitärer Patenschaft einen demokratischen Staat zu bauen".

Wir stellen dieses Versehen ausdrücklich richtig, weil wir den Abdruck gerade dieser Stellungnahme begrüßen würden.

Sozialdemokratischer Pressedienst
Redaktion

Richtigstellung

Die Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Pritzier-Homberg, Flüchtlingssekretariat, gezeichnet Lack, gezeichnet Paupel, verbreitet eine Meldung "Diplomatische antworten Dr. Schumachers", die der tschechoslowakischen Zeitung "Obrana Lidu" (Volkwehr) vom 11.5.47 entnommen ist. Danach soll ich tschechischen Sozialdemokraten gegenüber die Austragung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei für gerechtfertigt erklärt und die Existenz einer sudetendeutschen Frage geleugnet haben.

Dieser Äußerung habe ich selbstverständlich nie getan und habe sie auch nach meiner ganzen Einstellung niemals tun können. Wenn die ODU sie mir zutrauen will, zeigt das, daß sie von der falschen Voraussetzung ausgeht, ich sei aus demselben Holz geschnitten wie die ODU-Politiker, die zur gleichen Zeit die verschiedensten politischen Sprachen reden.

Es handelt sich bei dieser Meldung um das Produkt einer kommunistischen Fälscherzentrale. Sie befaßt sich ausschließlich mit der Fabrikation solcher angeblich positiven und objektiven Nachrichten, die zur Rechtfertigung der barbarischen Austreibungsmethoden der tschechischen Kommunisten gegenüber den Sudetendeutschen dienen soll. Dieses Gerücht aus der "Obrana Lidu" ist von der seriösen tschechoslowakischen Presse im Juni d.J. nur mit Vorbehalt gebracht worden. Die sozialdemokratische "Prava Lidu" hat sofort nach Feststellung der Fälschung die Meldung dementiert.

Seit fünf Monaten ist also dieser Schwindel zerplatzt. Trotzdem hält die ODU an der kommunistischen Gottwald-Linie fest. Sie bringt es fertig, den dementierten kommunistischen Schwindel als christlich-demokratische Wahrheit zu proklamieren.

Da die ODU die Partei der Verteidigung des Eigentums gegen die Flüchtlinge ist und jede Belastung der besitzenden Kreise zugunsten der Flüchtlinge vermeiden möchte, muß sie zu derartig unsauberen und verlogenen Mitteln greifen. Sie gaukelt jetzt den Flüchtlingen vor, die ODU sei die "Partei der Heimkehrer". Mit der Schaffung einer solchen Henlein-Atmosphäre will sie vermeiden, daß die Flüchtlinge die Durchsetzung ihrer sozialen Forderungen und einfachsten Lebensrechte von den eingewesenen deutschen Mitbürgern verlangen können. Zum Schutze des Portemonnaies scheint den Christlich-Demokraten jeder Schwindeltrick erlaubt zu sein.

Dr. Kurt Schumacher

"Von Anfang an grotesk"

"Eine gewaltsame Gleichschaltung der östlichen ODU wäre gleichbedeutend mit dem endgültigen, ja grotesken Unterfangen, unter totalitärer Patenschaft einen demokratischen Staat zu bauen".

Der "Union-Pressedienst" findet diese Formulierung in einem langen Aufsatz über die Krise der ODU. Was ist diese Erkenntnis anderes als das, was die SPD und insbesondere ihr erster Vorsitzender, aber auch eine Unzahl anderer politischer Stimmen immer und immer wieder ausgesprochen haben? War es vernünftig, Versuche zu unternehmen, die man selbst von Anfang an nicht nur für fragwürdig, sondern für grotesk hielt? Denn das ist nach dem bemerkenswerten Eingeständnis des "Union-Pressedienstes" auch bei der ODU

der Fall gewesen. Unter diesem Gesichtspunkt kann auch die heute so oft gehörte Behauptung nicht überzeugen, man habe eben einen letzten Versuch machen, einen letzten Beweis für die Unverträglichkeit zweier vollkommen gegensätzlicher Systeme erbringen wollen. Es ist schon so, daß das Verfahren der ODU nichts anderes bewirkt hat, als der SEF und der hinter ihr stehenden Besatzungsmacht die Möglichkeit zur Errichtung einer demokratischen Kulisse zu geben, daß die ODU einer Politik der bewussten Täuschung Vorschub geleistet hat. Besonders bedenklich ist dabei, daß das alles auch wieder nach dem Sinn der Feststellung des "Union-Fressdienstes" nicht aus einer Art politischen Irrtum geschah, sondern gegen eine von Anfang an vorhandene richtige Einschätzung der politischen Situation. Wenn dem so ist, dann kann man das Ergebnis der Politik Kaisers auch nicht mehr als tragisch, sondern nur als folgerichtig bezeichnen.

(s/1/2912/10)

Der Badische Wirtschaftsplan

h.w. Baden-Baden

Die immer schlechter werdende Wirtschaftslage des Landes Südbaden nötigt die Regierung zu den verschiedensten Massnahmen. So hat das Wirtschaftsministerium dem Landtag einen Wirtschaftsplan vorgelegt, mit dessen Hilfe eine Besserung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse erhofft wird. Man rechnet bei Verwirklichung dieses Planes mit einer Hebung der Produktion auf mindestens 50% bis Ende 1948 und eine grösstmögliche Steigerung des Exports. Erste Voraussetzung ist, wie der Wirtschaftsminister darlegte, vor allem die genügende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidung und Schuhen usw. Betrug doch der Kalorienatz im vergangenen Jahre kaum mehr als 800 - 900 Kalorien, wovon reichlich 3/4 auf Brot entfielen. Eine Erhöhung ist aber nur möglich, wenn durch einen Devisenvorschuss aus der Schweiz die Zeit bis zum Ablauf des Planes überbrückt wird. Die Ausführung des Planes ist aber bereits wieder, kaum daß er veröffentlicht wurde, in Frage gestellt, wenn die Demontage in der bekannt gegebenen Form durchgeführt wird.

Die ersten Bemühungen bewegen sich also in der Richtung, eine Milderung des Abbaus der Betriebe zu erreichen. Das wichtigste Produkt des Landes ist das Holz des Schwarzwaldes. Um die nötigen Devisen aus der Schweiz möglichst rasch herbeinzubekommen, schlägt das Wirtschaftsministerium vor, innerhalb von 10 Jahren 1 Million Festmeter Holz nach der Schweiz zu liefern, die das Holz mit 70 Millionen Schweizer Franken bevorschussen soll. Gelingt dieser Plan, so ist zu hoffen, daß in Kürze die so dringend notwendigen Lebensmittel bezogen werden können. Erst damit kann die Katastrophe vom Lande abgewendet werden.

Für die Wiederherstellung der Paulskirche

Auf Antrag des Bezirksvorsitzenden der SPD Hessen-Frankfurt hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Stadt Frankfurt a.M. den Betrag von RM 10 000 zur Unterstützung der Wiederherstellung der Pauls-Kirche zur Verfügung gestellt. (m/B1/2912/1/10)

Verantwortlich: Peter Rauau